

*Dieter Langewiesche*

## Das Deutsche Kaiserreich — Bemerkungen zur Diskussion über Parlamentarisierung und Demokratisierung Deutschlands

»Als dieser Krieg ausbrach, konnte empfunden werden, daß der deutsche Staat, wie er ist, von deutscher Geistesart vieles aufgenommen habe, und soweit der Geist überhaupt nationalen Zusammenhang und nationale Bestimmtheit spürte, das heißt: sich noch nicht entschieden demokratisch internationalisiert fand, konnte er sich gefühlsmäßig an diesen so furchtbar bedrohten Staat anschließen.«  
Thomas Mann, *Betrachtungen eines Unpolitischen*, 1918.

»Durch Kriege entstanden, konnte das unheilige Deutsche Reich preußischer Nation immer nur ein Kriegsreich sein. Als solches hat es, ein Pfahl im Fleische der Welt, gelebt, und als solches geht es zugrunde.«

Thomas Mann, *Deutschland und die Deutschen*, 1945.

Das Erscheinungsbild der Vergangenheit, so lehren nicht nur diese Thomas-Mann-Zitate, kann durch die »Nachgeschichte« völlig verändert werden. Als eine solche Transformationsphase, die neue Deutungen von Vergangenem provozierte, wirkte die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft, denn die Erforschung der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts steht in starkem Maße im Banne dieser Zeit. Dies gilt auch für die neuere Forschung zum deutschen Kaiserreich. Die Frage nach den parlamentarischen und demokratischen Entwicklungsmöglichkeiten des kleindeutschen Nationalstaats war und ist — bewußt oder uneingestanden — stets auch eine Frage nach der »Vorgeschichte« des nationalsozialistischen Deutschland, nach den Kontinuitätslinien, die möglicherweise auf 1933 zulaufen. Die Legitimität einer solchen Blickrichtung wurde unter Historikern kaum angezweifelt, wohl wurde über die sachliche Angemessenheit einzelner Kontinuitätskonstruktionen z. T. sehr heftig gestritten. Die Kontroverse um Fritz Fischers Werke zum I. Weltkrieg<sup>1</sup> und die scharfen Kritiken an Wehlers Kaiserreich-Buch<sup>2</sup> markieren Höhepunkte in diesem Streit um tatsächliche oder vermeintliche Kontinuitätslinien in der jüngsten deutschen Geschichte. Kürzlich wurde diese Diskussion nicht nur verschärft, sondern zugleich auf eine neue Ebene gehoben. Denn Thomas Nipperdey unternahm in seinem Aufsatz »1933 und die Kontinuität

1 Vgl. *Arnold Sywottek*, Die Fischer-Kontroverse. Ein Beitrag zur Entwicklung historisch-politischen Bewußtseins in der Bundesrepublik, in: *Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts*. Fritz Fischer zum 65. Geburtstag, hrsg. von *Immanuel Geiss* und *Bernd Jürgen Wendt* unter Mitarbeit von *Peter-Christian Witt*, Düsseldorf 1973, S. 19 ff.

2 *Hans-Ulrich Wehler*, Das deutsche Kaiserreich 1871—1918, Göttingen <sup>3</sup>1977. Die Kritiken sind genannt in: *ders.*, Kritik und kritische Antikritik, in: *HZ* 225, 1977, S. 347 ff; vgl. auch den Literaturbericht von *Alf Lüdtke*, Staatsstreich oder Krieg: Zum Deutschen Kaiserreich von 1871, in: *Neue Politische Literatur* 18, 1973, S. 309—358; letzte Stellungnahme Wehlers in: *ders.*, Krisenherde des Kaiserreichs 1871—1918. Studien zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte, Göttingen <sup>2</sup>1979, S. 9—13.

der deutschen Geschichte<sup>3</sup> — auch hier, wie stets in seinen bedeutenden Kritiken, engagierter und polemischer Streiter für die »Objektivität« in der Geschichtswissenschaft — den Versuch, jeder »Kontinuitätstheorie«, wie er es nennt, letztlich die Wissenschaftlichkeit abzuspüren. Nipperdey leugnet Kontinuitätslinien zwar nicht, doch 1933 bedeutet ihm »eine neue Kombination von Kontinuitäten«, die aus der Vorgeschichte nicht einfach ableitbar ist, sondern »etwas Neues<sup>4</sup>« schuf. Im nächsten Schritt schränkt Nipperdey dann jedoch die wissenschaftliche Legitimität der Frage nach Kontinuitätslinien in der deutschen Geschichte, aus denen heraus 1933 erklärbar werden kann, noch weiter ein, ja, er verneint letztlich die Legitimität der Kategorie »Vorgeschichte« in der historischen Forschung, sei es der Vorgeschichte von 1933 oder einer anderen historischen Zäsur. Vergangenheit, so Nipperdey, sei stets mehr und anderes als Vorgeschichte. Die Geschichte des Wilhelminischen Deutschland etwa lasse sich zwar als Vorgeschichte des nationalsozialistischen Deutschland schreiben, aber auch als Vorgeschichte der sozialliberalen Koalition oder als Vorgeschichte der Umweltgefährdung. Und es ließen sich eine Vielzahl weiterer Möglichkeiten konstruieren.

Jede dieser Kontinuitätskonstruktionen deformiere letztlich die Vergangenheit, da Entwicklungsmöglichkeiten abgeschnitten werden. Es geht Nipperdey, wie auch in seinen früheren Aufsätzen<sup>5</sup>, um die Rettung des Eigenwerts historischer Phänomene, die nicht zur Funktion oder zur Vorgeschichte von irgend etwas verfälscht werden sollen. Die Einsicht in die widerspruchsvolle Vieldeutigkeit der Vergangenheit, in die vielseitige Offenheit jeder historischen Epoche — diese Grunderkenntnis des Historismus sieht Nipperdey bedroht durch das, was er Kontinuitätshistorie nennt.

Dennoch betont auch Nipperdey die Notwendigkeit, nach Kontinuitäten zu fragen. Wie dies mit seinem Verdikt über die Kontinuitätshistorie, die vergangene Wirklichkeiten deformiere, zu vereinbaren ist, wird bei Nipperdey nicht recht deutlich — es sei denn, man akzeptiert seine Deutung, jede Vergangenheit sei ein »Netzwerk von Vorgeschichten, sinnvoller und legitimer Vorgeschichten<sup>6</sup>«, die sich wechselseitig relativieren.

Nipperdeys engagiert-polemische Plädoyers zur Verteidigung historistischer Grundeinsichten habe ich stets als sehr anregend und wichtig, ja unentbehrlich empfunden, zeigten sie doch grundlegende Schwächen einer Geschichtsschreibung auf, die sich ihrer Gewißheit über den »richtigen« Geschichtsverlauf, der in Deutschland verfehlt wurde, allzu sicher war und allzu selbstgerecht der »Lust an der Ermordung der Großväter« nachgab, wie Nipperdey das einmal scharfzüngig formuliert hat<sup>7</sup>. Doch sein Rückzug auf ein Netzwerk von sinnvollen historischen Kontinuitäten, die jeweils ihre eigene Geltungskraft besitzen und durch andere Kontinuitätslinien relativiert werden, scheint mir zur Kapitulation vor einer der wichtigen Aufgaben des Historikers zu führen: längerfristige historische Prozesse zu analysieren. Wer — wie Nipperdey — meint, man könne die »Geschichte der wilhelminischen Zeit als Vorgeschichte der sozial-liberalen Koalition« und »wer weiß wie noch« schreiben — so seine Formulierung<sup>8</sup> —, der verneint damit doch wohl jede Möglichkeit, eine sinnvolle Hierarchie von Vorgeschichten zu konstruieren, der leugnet letztlich die Prozeßhaftigkeit der Geschichte, und er leugnet die Möglichkeit, die Bedingungen wissenschaftlich aufzuhellen, warum im Geschichtsprozeß bestimmte Entwicklungsmöglichkeiten verwirklicht wurden, andere hingegen, die sich auch aufzeigen lassen, nicht. Wer 1933 und die sozialliberale Koalition oder »wer weiß was noch« als Fluchtpunkte einer Deutung des kaiserlichen Deutschland gleichgewichtig nebeneinander stellt, der läuft Gefahr, die unvergleichbare historische Bedeutung des

3 HZ 227, 1978, S. 86 ff.

4 Ebda., S. 101.

5 Siehe seine Aufsatzsammlung: *Gesellschaft, Kultur, Theorie*, Göttingen 1976.

6 HZ 227, 1978, S. 108.

7 *Historismus und Historismuskritik heute*, in seiner Aufsatzsammlung (wie Anm. 5), S. 65.

8 Wie Anm. 6.

Jahres 1933 zu verfehlen. 1933 als Betriebsunfall in der deutschen Geschichte wird wieder zu einer denkbaren Erklärung. Nipperdey selbst verwirft eine solche Deutung, sein methodischer Ansatz scheint sie jedoch zu ermöglichen.

Ich halte deshalb gegen Nipperdey daran fest, daß es wissenschaftlich legitim und sinnvoll ist, die Geschichte des kaiserlichen Deutschland auch unter der Perspektive seiner Nachgeschichte, und das heißt eben auch: unter der Perspektive des Jahres 1933 zu untersuchen — wenngleich mit Nipperdey gegen einen gewichtigen Teil der neueren Literatur zu betonen ist, daß die Geschichte des kaiserlichen Deutschland nicht in der Nachgeschichte aufgeht und nicht als bloße Vorgeschichte von späterem gedeutet werden kann.

Unterschiedliche, z. T. konträre methodologische Grundpositionen trugen zu den schroffen Fronten in der gegenwärtigen Forschung zum deutschen Kaiserreich bei. Sollte ein Nicht-Historiker auf den Gedanken kommen, sich von Historikern über die Bismarckzeit und über das Wilhelminische Deutschland unterrichten zu lassen, so kann das nur mit Verwirrung enden. Er muß den Eindruck bekommen, daß die Historiker im Zeitraum zwischen 1871 und dem Beginn des ersten Weltkriegs mehrere deutsche Nationalstaaten entdeckt haben, die untereinander nur geringe Ähnlichkeiten aufwiesen.

Neben der Deutung, daß Deutschland einen stillen Verfassungswandel in Richtung Parlamentarisierung und Demokratisierung durchlief, unterbrochen erst durch den Beginn des ersten Weltkrieges und dann durch den Ausbruch der Revolution von 1918/19, steht die entgegengesetzte Auffassung einer unkorrigierbaren Fehlentwicklung, deren Anfänge unterschiedlich weit zurückverlagert werden.

Betrachten wir zunächst dieses zweite Deutungsmuster, das ungeachtet der vielfachen Nuancen den kleindeutschen Nationalstaat als eine Totgeburt charakterisiert, ohne Entwicklungschancen in Richtung parlamentarische Demokratie. Etliche Autoren sehen — wie schon Rudolf Stadelmann<sup>9</sup> — die erste, grundlegende Weichenstellung, die zu einem deutschen Sonderweg in die industriestaatliche Moderne geführt habe, in der fehlgeschlagenen bürgerlichen Revolution von 1848/49 — so Wehler, Winkler, Puhle und Kocka, um nur einige der bekanntesten Namen der mittleren Historikergeneration der Bundesrepublik zu nennen<sup>10</sup>. Als »zweite große Wendemarke« gilt vielfach der preußische Verfassungskonflikt der 1860er Jahre, durch dessen Ausgang die »politische Ohnmacht des Bürgertums — bis 1918<sup>11</sup>« besiegelt worden sei. Die Nationalstaatsgründung selbst erscheint in dieser Perspektive nur noch als Bestätigung des zuvor Angebahnten, Ergebnis eines erneuten »Vabanquespiels großpreußischer Risikopolitik<sup>12</sup>«. Noch größeres Gewicht wird in der neueren Literatur dieses

9 Deutschland und die westeuropäischen Revolutionen, in: *Rudolf Stadelmann*, Deutschland und Westeuropa, Laupheim 1948, S. 11 ff.

10 *Wehler*, Kaiserreich, S. 30; *Heinrich August Winkler*, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, S. 162; *Hans-Jürgen Puhle*, Von der Agrarkrise zum Präfaschismus. Thesen zum Stellenwert der agrarischen Interessenverbände in der deutschen Politik am Ende des 19. Jahrhunderts, Wiesbaden 1972, S. 52; *Jürgen Kocka*, Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie. Zur politischen Sozialgeschichte der Angestellten: USA 1890—1940 im internationalen Vergleich, Göttingen 1977, S. 310 u. ö.

11 *Wehler*, Kaiserreich, S. 31; vgl. als Zusammenfassung der Forschungslage *Rainer Wahl*, Der preußische Verfassungskonflikt und das konstitutionelle System des Kaiserreichs, in: *Moderne deutsche Verfassungsgeschichte (1815—1918)*, hrsg. von *Ernst-Wolfgang Böckenförde* unter Mitarbeit von *Rainer Wahl*, Köln 1972, S. 171 ff.

12 *Wehler*, Kaiserreich, S. 35. Zur noch nicht voll ausgetragenen Kontroverse um Genesis und Funktionen der Einigungskriege — diese beiden Aspekte wurden dabei zu wenig auseinandergehalten — s. *Eberhard Kolb*, Der Kriegausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870, Göttingen 1970 sowie *Josef Becker*, Der Krieg mit Frankreich als Problem der kleindeutschen Einigungspolitik 1866—1870, in: *Das Kaiserliche Deutsch-*

Deutungsmusters auf die sog. Zweite Reichsgründung gelegt, durch die 1878/79 im Zeichen des Solidarprotektionismus von Hohofen und Egge die konservative Fundierung des deutschen Nationalstaats endgültig erfolgt und das liberale Bürgertum aus seiner Rolle des ohnehin nur einflußarmen Juniorpartners entlassen worden sei<sup>13</sup>.

Die weiteren Entwicklungsetappen der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung Deutschlands werden auch von den Verfechtern dieses Deutungsmusters unterschiedlich angesetzt. Da Bismarck zu Recht als Verfassungsfaktor sui generis gilt, wird vielfach das Jahr 1890 als Einschnitt gewertet, mit dem das »bonapartistische Diktatorialregime« Bismarcks (Wehler) zu Ende ging und etwas Neues begonnen habe, das mit sehr unterschiedlichen Begriffen belegt wird<sup>14</sup>.

Der 1884 einsetzende deutsche Kolonialerwerb, von Wehler als manipulativer Sozialimperialismus gedeutet<sup>15</sup>, und das antiliberaler Kartell von 1879 gelten als Spielarten einer konservativen Sammlungspolitik der »schaffenden Hände«, die auf die Wilhelminische Zeit vorausweise und die »Basis der Reichspolitik bis 1918<sup>16</sup>« gebildet habe. Dirk Stegmann, der die Sammlungspolitik als globales Erklärungsmuster für die Politik der Wilhelminischen Zeit mit besonderem Nachdruck hervorgehoben hat, spricht der Miquelschen Neuauflage der Sammlungspolitik seit 1897 sogar ausdrücklich die Bedeutung einer »Art dritter Reichsgründung« zu<sup>17</sup>. Puhle, der die Wirksamkeit der Sammlungspolitik reservierter beurteilt, bietet dagegen die Jahre 1890—1893 als »mögliche Periodisierungsgrenze für die deutsche Innenpolitik<sup>18</sup>« an, da 1890 im Gefolge der kulminierenden Agrarkrise der alte Konservatismus zerfiel und ein neuer radikaler Konservatismus entstand, der das Manipulationsinstrument des plebiszitären Appells an die Öffentlichkeit auch gegen die zögernde Regierung einsetzte. Geoff Eley<sup>19</sup>

land. Politik und Gesellschaft 1870—1918, hrsg. von Michael Stürmer, Düsseldorf 1970, S. 75 ff.

- 13 Mit besonderem Nachdruck versuchte Helmut Böhme, dem Reichsgründungsjahr 1871 den Charakter einer Epochengrenze zu nehmen: Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848—1881, Köln 21972; *Probleme der Reichsgründungszeit 1848—1879*, hrsg. von dems., Köln 1968; *Die Reichsgründung*, hrsg. von dems., München 1967; vgl. Ivo Lambi, *Free Trade and Protection in Germany 1868—1879*, Wiesbaden 1963.
- 14 Zur Deutung, daß das Bismarcksche System 1890 »objektiv erschöpft« gewesen und nicht nur wegen des politischen Abgangs Bismarcks zusammengebrochen sei, vgl. insbes. Wolfgang Sauer, Das Problem des deutschen Nationalstaats, in: *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Köln 31970, S. 409 ff., Zitat S. 433.
- 15 Vgl. als Grundlage etlicher Aufsätze: Wehler, Bismarck und der Imperialismus, Köln 31972. Von den zahlreichen abweichenden Positionen ist m. E. besonders anregend Peter Hampe, Die »ökonomische Imperialismustheorie«. Kritische Untersuchungen, München 1976; ders., Sozioökonomische und psychische Hintergründe der bildungsbürgerlichen Imperialismusbegeisterung, in: *Das wilhelminische Bildungsbürgertum. Zur Sozialgeschichte seiner Ideen*, hrsg. von Klaus Vondung, Göttingen 1976, S. 67 ff.
- 16 Wehler, Kaiserreich, S. 68.
- 17 Stegmann, Wirtschaft und Politik nach Bismarcks Sturz. Zur Genesis der Miquelschen Sammlungspolitik 1890—1897, in: *Deutschland in der Weltpolitik (Anm. 1)*, S. 161 ff., hier: S. 183; vgl. ders., Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands, Köln 1970. Grundlegend für diese Deutung: Eckart Kebr, *Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894—1901*, Berlin 1930.
- 18 Puhle, Agrarkrise, S. 51; vgl. ders., Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich 1893—1904, Bonn-Bad Godesberg 21975; s. neuerdings zum Agrarbereich Jens Flemming, *Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie. Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890—1925*, Bonn 1978.
- 19 Die »Kehrites« und das Kaiserreich: Bemerkungen zu einer aktuellen Kontroverse, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4, 1978, S. 91 ff., Zitate S. 94, 105. Kritik an Eleys pauschalen Vorwürfen bei Hans-Jürgen Puhle, Zur Legende der »Kehrschen Schule«, ebda., S. 108 ff.

schließlich polemisierte jüngst gegen alle »Kehrites« — ein von ihm sehr weit gefaßter Kreis von Historikern, denen die »Idee der Sammlungspolitik« zu einer »Art gedanklicher Talisman« geworden sei und die er zu Unrecht pauschal auf das Jahr 1897 als Entwicklungszäsur festlegen will. Er selbst offeriert die 1890er Jahre als Einschnitt, da sie am »Anfang einer Periode starker politischer Gärung« standen, die zu »geradezu tektonischen Verschiebungen an der Basis des politischen Systems« geführt haben. Daneben bietet er mit Blick auf die »Formen eines erfolgreichen Konservatismus« die »Periode 1908—1914« als besonders untersuchungswürdig an. An Vorschlägen für Perioden, Epochen und Zäsuren gibt es in der neusten Literatur also keinen Mangel<sup>20</sup>.

Im Vergleich zu dieser Fülle von Periodisierungsvorschlägen vertritt die DDR-Historiographie ein eher traditionelles Schema, in dem die Reichsgründung als *die* säkulare Entwicklungszäsur erscheint. Die Zeit zwischen 1789 und 1871 gilt als »eine Epoche des revolutionären Übergangs von einer Gesellschaftsordnung zur anderen<sup>21</sup>«. Im Unterschied zu früheren Periodisierungen markiert die Revolution von 1848/49 nun nicht mehr den Abschluß einer älteren, sondern den Auftakt einer neuen Phase, die bis zur Reichsgründung von 1871 angesetzt wird. 1871 — so heißt es — wurde in Deutschland der »Wechsel zweier Ausbeuterordnungen«, der »Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus« vollendet, denn die kapitalistische Entwicklung bedürfe stets der »nationalstaatlichen Zentralisation<sup>22</sup>«.

Noch deutlicher als bei den Periodisierungsversuchen treten in der Begrifflichkeit, die für das politische System verwendet wird, die kritische Neu- und Uminterpretation der Geschichte des Kaiserreichs und zugleich die verwirrende Unklarheit zutage, durch die diese Uminterpretation noch gekennzeichnet ist. Wehlers Anwendung des Marxschen Bonapartismusmodells<sup>23</sup>, entwickelt am Staatsstreich Louis Napoleons von 1851, auf das politische System der Bismarckzeit wirkte in Teilen der bundesrepublikanischen Forschung meinungsbildend. Wehler definiert Bonapartismus als eine Herrschaftsform, die typisch sei für eine »relativ frühe Phase der Industrialisierung«, in der vorindustrielle Eliten noch starke Positionen besetzten, das Bürgertum zwar an Stärke gewann, aber bereits durch die Emanzipationsbewe-

20 Weitere Periodisierungsvorschläge, über die eine Arbeitsgruppe zum Thema »Organisierter Kapitalismus« keine Übereinkunft erzielte, in: *Organisierter Kapitalismus*. Voraussetzungen und Anfänge, hrsg. von Heinrich August Winkler, Göttingen 1974, S. 215 f. Zur Kritik an dieser Konzeption s. zuletzt Volker Hentschel, *Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im Wilhelminischen Deutschland*. Organisierter Kapitalismus und Interventionsstaat? Stuttgart 1978.

21 Walter Schmidt, Zu einigen Problemen der bürgerlichen Umwälzung in der deutschen Geschichte, in: *Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland 1789—1871*. Karl Obermann zum 70. Geburtstag gewidmet, hrsg. von Helmut Bleiber unter Mitwirkung von Günther Hildebrandt und Rolf Weber, Berlin [DDR] 1977, S. 1 ff., Zitat S. 3. Die DDR-Forschung läßt die bonapartistische Phase 1890 enden, da mit »der Herausbildung einer revolutionären Massenpartei des Proletariats [...] die Existenzbedingungen und -möglichkeiten für den Bonapartismus als Herrschaftssystem endgültig« verschwanden, ohne daß damit die Anwendung bonapartistischer Herrschaftstechniken aufhörte; vgl. *Bismarcks Sturz*. Zur Rolle der Klassen in der Endphase des preußisch-deutschen Bonapartismus 1884/85 bis 1890, von einem Kollektiv unter Leitung von Gustav Seeber, Berlin [DDR] 1977, Zitat S. 392.

22 *Ebda.*, S. 12, 4. Schmidt hatte schon zur Vorbereitung des DDR-Historikerkongresses von 1977 diese neue Deutung der Entwicklungsphasen zwischen 1789 und 1871 publiziert: *Bourgeoisie, Arbeiterklasse, Volksmassen in den Kämpfen um die Wege der bürgerlichen Umgestaltung*, in: *ZfG XXV*, 1977, S. 1178 ff.; vgl. auch Horst Bartel, Zur historischen Stellung der Reichsgründung von 1871 und zum Charakter des preußisch-deutschen Reiches, in: *Die großpreussisch-militaristische Reichsgründung*, hrsg. von dems. und Ernst Engelberg, Bd. 2, Berlin [DDR] 1971, S. 1 ff.

23 Zu den weniger bekannten konservativen Bonapartismusvorstellungen vgl. Lothar Gall, Bismarck und der Bonapartismus, in: *HZ* 223, 1976, S. 618 ff. Zur Marxschen Deutung s. Karl Marx, Der 18te Brumaire des Louis Napoleon, in: *Karl Marx/Friedrich Engels, Werke*, Bd. 8, Berlin [DDR] 1960, S. 111 ff.

gung der Arbeiterschaft bedroht war. Von der Herrschaftsmethode her gesehen, habe es sich gehandelt »um eine Mischung von begrenztem Entgegenkommen einschließlich verblüffender Konzessionen an progressive Forderungen (Wahlrecht, Sozialpolitik, Wirtschaftsrecht) einerseits mit scharfer, unverhohlener Repression und Verfolgung der Gegner (Sozialistengesetz, Presseknobelung, Ausweisungen) andererseits, von Ablenkung des Emanzipationsdrucks nach außen durch eine militante Risikopolitik oder in den Imperialismus mit angedrohten (Staatsstreik, Nationalitätenmobilisierung) oder eingesetzten (Reichstagswahlrecht, Annexionen) revolutionären Mitteln<sup>24</sup>«.

Schon bei Wehler blieb — worauf Elisabeth Fehrenbach<sup>25</sup> hinwies — unklar, ob es sich bei dieser als Bonapartismus bezeichneten Herrschaft um eine Herrschaftsform handelte, die sich vom konstitutionellen System ebenso unterschied wie vom parlamentarischen, oder ob Herrschaftsmethoden gemeint waren, die unterschiedlichen Herrschaftsformen aufgepfropft werden konnten. Unklar und schillernd blieben auch die von den verschiedenen Autoren verwendeten Begriffe<sup>26</sup>. Noch schillernder werden die begrifflichen Definitionsversuche und noch uneiniger sind sich die Neuinterpretationen des deutschen Kaiserreichs bei der Charakterisierung des politischen Systems der Wilhelminischen Zeit. Wehler spricht von einer »autoritären Polykratie ohne Koordination<sup>27</sup>«, Stegmann diagnostiziert eine »neuerliche Verformung zum Klassenstaat der Besitzenden«, der die »parlamentarischen Versatzstücke im System des deutschen Konstitutionalismus<sup>28</sup>« weiter zurückgedrängt habe, und Puhle entdeckt gar einen »wilhelminischen Rest-Cäsarismus ohne Cäsar<sup>29</sup>«.

Die Literatur, die diesem Deutungsmuster folgt, produziert das Bild eines erstarrten, reformunfähigen politischen Systems, das spätestens im Reichsgründungsjahrzehnt über die deutsche Gesellschaft gestülpt wurde und auf den raschen sozialökonomischen Wandel nicht flexibel reagierte, so daß zwischen politischem System und sozialökonomischer Struktur Verwerfungen entstanden, die zu den Voraussetzungen für den Aufstieg des Nationalsozialismus gehören. Dieses Bild hat den Vorzug, die Problemzonen im deutschen Kaiserreich schärfer als zuvor üblich herauszustellen, es hat aber m. E. auch eine Reihe von Schwächen:

1. Politik erscheint als ein permanenter Akt der Manipulation von oben herab. Nach Stürmers Darstellung etwa vollzog sich die deutsche Politik zur Zeit Bismarcks im »Dreieck von

24 Wehler, Kaiserreich, S. 65.

25 Bonapartismus und Konservatismus in Bismarcks Politik, in: *Der Bonapartismus*. Historisches Phänomen und politischer Mythos (Beiheft der Francia, Bd. 6), München 1977, S. 39 ff.; vgl. auch die anderen Arbeiten in diesem Sammelband, ebenso die Diskussionsbeiträge zum Aufsatz von Allan Mitchell (Bonapartismus as a Model for Bismarckian Politics, in: *Journal of Modern History* 49, 1977, S. 181 ff.) von Otto Pflanze, Claude Fohlen und Michael Stürmer.

26 Frau Fehrenbach hat einen Katalog von Begriffen, der sich leicht erweitern ließe, zusammengestellt; *ebda.*, S. 39. Zum ebenfalls zeitgenössischen Cäsarismus-Begriff, den Michael Stürmer (Regierung und Reichstag im Bismarckstaat 1871—1880. Cäsarismus oder Parlamentarismus, Düsseldorf 1974) favorisiert, vgl. die interessanten Ausführungen des demokratischen Politikers Ludwig Pfau, Politisches und Polemisches, Stuttgart [1895]. Heinrich August Winkler (Vom linken zum rechten Nationalismus. Der deutsche Liberalismus in der Krise von 1878/79, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4, 1978, S. 5 ff.) spricht vom »deutschen Ancien Régime« (S. 27). Vgl. auch Dieter Grob, Cäsarismus, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hrsg. von Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Kosellek, Bd. I, Stuttgart 1972, S. 726 ff.

27 Wehler, Kaiserreich, S. 69.

28 Stegmann, Wirtschaft, S. 184.

29 Puhle, Agrarkrise, S. 13. Puhle hat neuerdings die Phase der Anwendung »bonapartistischer Manipulationstechniken« bis in die Gegenwart ausgedehnt. »Bonapartismus« ist demnach nicht nur eine typische Erscheinung in einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsphase, sondern Signum der Moderne schlechthin; Puhle, Conservatism in Modern German History, in: *Journal of Contemporary History* 13, 1978, S. 689 ff., Zitat S. 717.

Staatsstreichdrohung, Parlamentarisierung und Revolutionsfurcht<sup>30</sup>«. Politische und sozialpolitische Reformen, die es immerhin auch gab, in Teilbereichen (Reichstagswahlrecht, Sozialversicherung) sogar in stärkerem Maße als in den westlichen Demokratien<sup>30a</sup>, rechnet Stürmer dem »Programm des panem et circenses im Zeitalter der Hochindustrialisierung« zu, durchgeführt »mit den Mitteln des preußisch-deutschen Beamtenstaats«. Beherrscht wurde dieses Reich der Manipulation durch Bismarck, den »charismatischen Ersatzmonarchen«, dem Stürmer mehrfach ein »Meisterstück meinungssteuernder Staatskunst« bescheinigt<sup>31</sup>. Bismarck wird so zur — allerdings negativ gewendeten — genialen Gestalt, auch wenn Begriffe wie Bonapartismus oder Cäsarismus die personalistische Verengung, die der Begriff Kanzlerdiktatur besitzt, vermeiden sollen. Galt Bismarck der älteren Geschichtsschreibung vielfach als der bewunderungswürdige Außenpolitiker, der die Kunst des Spiels mit mehreren Bällen meisterhaft beherrschte, so wird er nun zum überragenden innenpolitischen Manipulator, der die deutschen Nationalliberalen ebenso kühl auf Nebenschauplätze des politischen Kampfes schickte, wie er in den älteren Darstellungen außenpolitische Gefahren an die europäische Peripherie ableitete<sup>32</sup>.

Die Neuinterpretation des Kaiserreichs produziert nicht nur einen negativen Bismarckmythos, sondern leistet auch einer erneuten Personalisierung der Geschichtsdeutung Vorschub. Der Abgang Bismarcks von den Schalthelmen der Manipulation bereitet dieser Deutung der deutschen Politik einige Schwierigkeiten. Puhles Formel vom »wilhelminischen Rest-Cäsarismus ohne Cäsar« belegt dies deutlich. An die Stelle Bismarcks läßt man nun eine Mehrzahl konkurrierender Manipulatoren und Manipulationsstrategien treten. Sammlungspolitik, Staatsstreichdrohungen, Flottenpolitik, Sozialimperialismus, Weltpolitik, Politik der Diagonale seien als Stichworte genannt. Wie die Manipulationstechniken, die gar nicht zu bestreiten sind, tatsächlich gewirkt haben, wird jedoch nicht deutlich. Dazu müßten Studien vorhanden sein, die die Ebene der propagandistischen Auseinandersetzungen und Appelle in der Öffentlichkeit verlassen und in das Alltagsleben der Menschen eindringen. Nur auf dieser untersten Ebene wird sich zeigen lassen, was dazu geführt hat, daß nationalistische Verbände wie Flotten- oder Kriegervereine zu Massenorganisationen wurden. Möglicherweise stößt man hier auf einen Umbruch politisch-gesellschaftlicher Verhaltens- und Erwartungsmuster, der durch Manipulation von oben nicht hinreichend erklärt werden kann.

2. Das bisher vorgestellte Deutungsmuster der deutschen Politik ist in starkem Maße auf Preußen bezogen. Dem negativen Bismarckmythos entspricht ein ins Negative gewendetes borussisches Geschichtsbild. Die hegemoniale Position Preußens im deutschen Kaiserreich ist gewiß unbestreitbar, gleichwohl sollten die anderen deutschen Länder nicht nur als unbedeutende Anhängsel behandelt werden. In Süddeutschland war in weiten Bevölkerungsschichten das Bewußtsein verbreitet, einer anderen, demokratischer entwickelten politischen Kultur zuzugehören. Dies konnte skurrile Züge annehmen<sup>33</sup>, es konnte zum resignativen Rückzug in die Politik des nicht-preußischen Deutschland führen<sup>34</sup>, und es konnte sich bis zur Überzeu-

30 *Stürmer*, Regierung, S. 21.

30aVgl. dazu die Beiträge Nr. 1 und 7 in: *Soziale Innovation und sozialer Konflikt*, hrsg. von Otto Neuloh, Göttingen 1977.

31 *Stürmer*, S. 251, 23, 19.

32 Diese Bewunderung Bismarckscher Politik gehörte nicht nur zum Geschäft borussischer Historiker. Vgl. etwa die Charakterisierung Bismarcks durch *Heinrich Mann*, Ein Zeitalter wird besichtigt, Reinbek bei Hamburg 1976, S. 8 f.

33 Ein Beispiel hierfür ist Moriz Mohl, der im verhaßten Berlin »auf den Straßen beinahe nur ärmlich gekleidete, erbärmlich dürre Leute« zu erblicken vermochte; vgl. dazu mit weiteren Belegen für ein süddeutsches Überlegenheitsgefühl *Dieter Langewiesche*, Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung, Düsseldorf 1974, S. 412 f.

34 So etwa der württembergische Nationalliberale Julius Hölder, der sein gesamtes politisches Leben dem einen großen Ziel: Schaffung des deutschen Nationalstaats, gewidmet hatte und der sich dann

gung steigern, daß mit Preußen Deutschland nicht zu demokratisieren sei: *Ceterum censeo Borussiam esse delendam*, wie der württembergische Demokrat Ludwig Pfau zu sagen pflegte<sup>35</sup>. Um die Einordnung des bedeutsamen föderativen Elements des deutschen Staats- und Gesellschaftsaufbaus in die bonapartistisch-manipulativen Deutungsmodelle hat sich die Forschung bislang kaum gekümmert. Die Bonapartismus-Konzeption scheint generell wenig geeignet zu sein, das Föderalismus-Problem<sup>36</sup> in angemessener Weise zu erfassen. Damit wird aber ein Teil der deutschen Wirklichkeit verfehlt.

3. Der behauptete hohe Erklärungswert des Bonapartismusmodells wird nicht zuletzt darin gesehen, daß dieses Modell nicht speziell auf Deutschland bezogen ist, sondern generell für Gesellschaften in einer bestimmten industriellen Entwicklungsphase gelten soll. In der Literatur wird vor allem auf analoge Entwicklungszüge in England, Frankreich und Italien verwiesen. Lothar Gall hob die Schwierigkeit hervor, die »angebliche Gleichzeitigkeit des Phänomens des Bonapartismus<sup>37</sup>« mit der Ungleichzeitigkeit der ökonomischen Entwicklung dieser Staaten vereinbaren zu können. Darüber hinaus wird man fragen müssen, wie ein Deutungsmodell mit der postulierten allgemeinen Gültigkeit die deutsche Sonderentwicklung erklären kann, die gerade auch von den Verfechtern dieses Modells stark betont wird. Besonders deutlich tritt dieser bislang unaufgelöste Widerspruch in der Studie von Michael Stürmer<sup>38</sup> hervor. Cäsarismus durchzog nach seiner Deutung als »Fluchtlinie die Wahlen, das Parlament, Parteien und Verbände und überschattete die politische Kultur«, erkennbar in der »Politik des Risikos im Innern wie nach außen<sup>39</sup>, im Auspielen der plebiszitären Gewalten gegen das Parteienparlament, in der Technik des equilibristischen Spiels zwischen den konkurrierenden Kräften und Gruppen im Innern, in der Geringschätzung der überkommenen Legitimität und dem Operieren mit der Hypothese des Belagerungszustands und der Staatsstreichdrohung«. Diese »neuartige Synthese traditionaler, rationaler und charismatischer Elemente« habe in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die »Politik der europäischen Industriestaaten« überlagert: in Deutschland ebenso wie in Österreich, Italien, Frankreich und England. Inwieweit vor allem Italien und Österreich als Industriestaaten bezeichnet werden können, sei hier dahingestellt. Stürmer führt seinen vergleichenden Ansatz zwar nicht weiter aus, doch generell betrachtet er Cäsarismus als ein gesamteuropäisches Phänomen, das auf »vergleichbare politisch-soziale Brüche« hinweise. Falls mit diesen Brüchen die Probleme politischen und sozialökonomischen Wandels in der Hochindustrialisierung gemeint sind, so dürfte es schwerfallen, die postulierten Gemeinsamkeiten in den europäischen Staaten zu belegen. Die komparatistische Bewährung der Cäsarismus- oder der Bonapartismus-Konzeption, vor allem mit Blick auf die deutsche Sonderentwicklung, steht jedenfalls noch aus<sup>40</sup>.

seit den ausgehenden 1870er Jahren in die Landespolitik zurückzog. Sein Tagebuch belegt das süddeutsche Sonderbewußtsein, das er in Gesprächen mit anderen, die ähnlich dachten, immer wieder bestätigt fand; *Das Tagebuch Julius Hölders 1877—1880*. Zum Zerfall des politischen Liberalismus in Württemberg und im Deutschen Reich, hrsg. von D. Langewiesche, Stuttgart 1977.

35 Politisches und Polemisches, S. 167.

36 Vgl. allgemein Hans-Otto Binder, Reich und Einzelstaaten während der Kanzlerschaft Bismarcks 1871—1890. Eine Untersuchung zum Problem der bundesstaatlichen Organisation, Tübingen 1971; für die folgende Zeit s. die in Anm. 41 genannten Arbeiten Raubs.

37 Gall, Bonapartismus, S. 631.

38 Stürmer, Regierung, S. 22, 23.

39 Daß Bismarcks Außenpolitik auch seit 1875 (Krieg-in-Sicht-Krise) noch eine Politik des Risikos gewesen sei, vergleichbar mit seinem innenpolitischen Kampfkurs, wird man auch bei Einbeziehung der neueren Studien zur deutschen Rußlandpolitik nicht behaupten können. Vgl. Andreas Hillgruber, Bismarcks Außenpolitik, Freiburg i. Br. 1972, S. 129 ff.

40 Die marxistisch-leninistische Historiographie zieht sich auf Lenins Deutung der »zwei Wege« zum Kapitalismus zurück: der revolutionäre französische und der deutsche Weg, der durch Reform und »Revolution von oben« gekennzeichnet sei. Vgl. mit weiterer Lit. Schmidt (Anm. 21), S. 7 ff.

Dezierte Gegenpositionen gegen das vorgestellte Deutungsmuster sind in den letzten Jahren vornehmlich in Form kurzer Aufsätze vertreten worden, so daß eine detaillierte Auseinandersetzung noch ganz in den Anfängen steckt. Zur Zeit dominiert noch das polemische Abstecken von Positionen. Bislang wird man aber betonen müssen, daß die »kritischen« Neuinterpretationen den Vorteil der größeren Ausführlichkeit durch umfangreiche Studien auf ihrer Seite haben. Jüngst ist jedoch mit *Manfred Rauhs* Buch »Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches<sup>41</sup>« eine Arbeit erschienen, die sich ausführlich und auf breiter Quellengrundlage gegen alle Auffassungen von einer Blockierung der deutschen Innenpolitik wendet. Bevor die m. E. wichtigsten Thesen Rauhs vorgestellt und Einwände dagegen vorgebracht werden, sei auf das hingewiesen, was mir — und nicht nur mir, wie einige Gespräche zeigten — die Lektüre dieses wichtigen Werkes schwer erträglich werden ließ: der unerhört arrogante Ton, mit dem Rauh alle Autoren, die anderer Meinung sind, abqualifiziert. Zu den unerträglichsten Abschnitten gehört das Vorwort. Da Rauh den »Anspruch« erhebt, mit seinen zwei Arbeiten »eine vollständige Theorie des reichsdeutschen Konstitutionalismus zu liefern« (S. 7), belehrt er gleich zum Auftakt den unwissenden Leser in einer langen Fußnote, was eine Theorie ist. Denn »in der heutigen Geschichtswissenschaft [sei] eine weit verbreitete Unklarheit über die Struktur und den Aufbau wissenschaftlicher Theorien anzutreffen« (S. 7). Damit ist es nun vorbei, dank dieser lehrreichen Fußnote.

Dann nimmt sich der Autor die »kritische Schule« vor, in die alles eingereiht wird, was ihm an »historiographischer Neuererbewegung« (S. 9) unterkommt. Nach Rauhs Darlegungen weiß man nun, daß der Anspruch dieser »Schule«, der »mit geradezu inquisitorischem Pathos und enormem pädagogischen Eifer« vorgebracht worden sei, seit der Grundlegung des »Kritizismus« durch Kant und Fichte in den »Bereich des Obskurantismus« (S. 9) gehöre. Die Liste der »Obskuranten«, die aus den Anmerkungen zusammengestellt werden kann, ist lang. In der Reihenfolge bei Rauh (S. 10 ff.): Wehler, Hans Boldt, Peter-Christian Witt, Klaus Saul, Puhle, Wolfgang Sauer, Dieter Groh, Volker R. Berghahn, Jürgen Kocka. Ein erheblicher Teil bundesrepublikanischer Geschichtsstudenten ist also, so muß man befürchten, verspäteten Opfern des Obskurantismus ausgeliefert, die — ausgestattet mit einer »Inklination zum gewaltsamen Umsturz, zur Revolution« (S. 10) — »seriöse Wissenschaftsauffassung« (S. 11) ständig verletzen: »Der klandestine Effekt aller solchen Unternehmungen ist immer derselbe: dem Umsturz von 1918 die Dignität einer gewissermaßen echten und vor allem einer notwendigen Revolution zu verleihen« (S. 11). In der »Selbstgenügsamkeit« (S. 12) dieser Historiker — falls man sie in dem Licht, das Rauh einem aufsteckt, als solche noch bezeichnen darf — dominiere »augenscheinlich der Wunsch nach einer volltönenden Formulierung stärker als der Wunsch nach eindringlicher Forschung« (S. 13).

Auch Wissenschaftler, die nicht der »kritischen Schule« zugeschlagen werden können, entgehen nicht dem Rauhschen Verdikt: Ernst Rudolf Hubers deutsche Verfassungsgeschichte, die man bei allen Einwänden doch wohl als monumentales Werk von überragendem Informationswert bezeichnen muß, trage für eine »seriöse Wissenschaftsauffassung« ebenso wenig bei wie die Werke der genannten Autoren. Die Seriosität läßt Rauh zwar nicht mit seinen eigenen zwei Büchern beginnen, aber sehr viel bleibt daneben nicht übrig. Formulierungen wie »erfindungsreiche Fehlinterpretation« (S. 35), »belanglos« (S. 36), »gänzlich verfehlt Interpretation« (S. 52), »abwegig« (S. 201), »Maximalismus, der stets in Gefahr schwebt, die Geschichtswissenschaft in nachträgliche Betterwisserei aufzulösen« (S. 202), »mindestens in theoretischer Hinsicht reichlich unnützlich« (S. 291), »offenbar einigermaßen oberflächlich mit dem Material und den daraus zu gewinnenden Aufschlüssen umgegangen« (S. 297),

41 Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 60, Düsseldorf 1977 (533 S., Linson, 78 DM). Diese Studie setzt Rauhs Dissertation, die bis 1909 führt, zeitlich und thematisch bis 1918 fort; *Raub*, Föderalismus und Parlamentarismus im Wilhelminischen Reich, Düsseldorf 1973. Alle Seitenangaben im Text beziehen sich auf Rauhs Arbeit von 1977.

»unzuverlässig und fehlerhaft« (S. 300), »in diesen staatsrechtlich diffizilen Dingen unzuverlässig und praktisch unbrauchbar« (S. 317)<sup>42</sup>, »Folgerungen, um welche sich die wissenschaftliche Diskussion nicht weiter zu kümmern braucht« (S. 428) — solche Formulierungen gehören zum normalen Wortschatz Rauhs. Es ist reizvoll, sich Rauh als Verlagslektor vorzustellen. Die Hetze des Historikers durch die Fülle der Neuerscheinungen wäre endlich vorbei! Doch mitunter ist Rauh auch gnädiger. Beverly Heckarts Studie<sup>43</sup> ist immerhin eine »flüssig geschriebene«, aber eben doch eine »weithin unnütze Darstellung der parteipolitischen Landschaft vor dem Kriege« (S. 167). Und Witts Doktorarbeit zur Finanzpolitik<sup>44</sup> ist zumindest eine »beachtenswerte Faktenkompilation«, die aber leider »lediglich eine Faktenagglomeration bieten kann, die für die wirklichen Zusammenhänge und Entwicklungslinien wenig Verständnis aufweist« (S. 240). Kocka<sup>45</sup> — das sei betont, um Rauh nicht unfair auf lauter Totalverurteilungen festzulegen — »verdient eine Erörterung«. Doch auch ihm sei zu raten, daß es wohl das »Beste« wäre, »mit derlei verschwommenen und wissenschaftlich offenbar höchst dubiosen Begriffen nicht länger herumzuhantieren. Aber wie dem auch sei, Kocka bemüht sich jedenfalls, trotz der Unmöglichkeit einer vernünftigen Definition Hinweise auf den Klassencharakter zu geben« (S. 322).

Selbst wenn Rauh anderen Autoren auf die Schulter klopft, fällt dies noch arrogant-gönnenhaft aus: Stürmers Weimar-Buch<sup>46</sup> ist eine »nützliche Studie« (S. 481) und den »Sorgen Ritters« hofft Rauh durch das »verarbeitete Material abgeholfen« (S. 8) zu haben. Gerhard A. Ritter<sup>47</sup> hatte nämlich Rauhs These einer »stillen Parlamentarisierung des Bismarckreiches« als »voreilig« bezeichnet. Rauhs erstaunliche Zurückhaltung in diesem Fall mag verschiedene Motive haben. Vielleicht gehört auch ein wenig Opportunismus dazu. Das ist nicht negativ gemeint — im Gegenteil, Opportunismus kann auch ein erster Schritt zur Kultivierung von Umgangsformen bedeuten. Und genau dies scheint mir dringend geboten zu sein. Historikerfehden waren nie pingelig, auch in der Vergangenheit nicht. Polemik kann ja nützlich sein, wenn dadurch etwas in Bewegung gerät. Ab einem gewissen Grad dürfte Polemik jedoch mehr zur Verhärtung von Fronten als zu deren Abbau beitragen. Diesen schwer bestimmbar Grad, von dem ab nützliche Polemik in beleidigende, die wissenschaftliche Arbeit Andersdenkender herabsetzende Wortwahl umschlägt, hat Rauh mit Sicherheit erheblich überschritten. Was in Nipperdeys Kritiken anregend war, ist bei seinem ehemaligen Assistenten nur noch arrogant. Die Forderung nach Objektivität in der Geschichtswissenschaft sollte tunlichst nicht im verbitterten Ton von enttäuschten Glaubenskämpfern vorgetragen werden. All diese Vorbehalte, die sich auf Rauhs diskussionsfeindlichen und stellenweise beleidigenden Ton im Umgang mit Kollegen beziehen, sollen aber seine wissenschaftliche Leistung nicht in Abrede stellen. Er weist detailliert nach, in welchem Maße die Parteien im Vorkriegsjahrzehnt an politischem Gewicht zunahmen und der Reichstag zu einer Schaltzentrale der deutschen Politik wurde. Darüber hinaus behauptet er eine Tendenz der »Verreichung«, die das preußisch-hegemoniale Element stark in den Hintergrund gedrängt habe.

42 Bezogen auf die wichtige Edition von *Wilhelm Deist* (Hrsg.), *Militär- und Innenpolitik im Weltkrieg 1914—1918*, 2 Bde., Düsseldorf 1970.

43 From Bassermann to Bebel. The Grand Bloc's Quest for Reform in the Kaiserreich, 1900—1914, New Haven/London 1974; vgl. dazu *Jürgen Thiel*, Die Großblockpolitik der Nationalliberalen Partei Badens 1905 bis 1914. Ein Beitrag zur Zusammenarbeit von Liberalismus und Sozialdemokratie in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands, Stuttgart 1976.

44 *Peter-Christian Witt*, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1903 bis 1913. Eine Studie zur Innenpolitik des Wilhelminischen Deutschland, Lübeck/Hamburg 1970.

45 *Klassengesellschaft im Krieg*. Deutsche Sozialgeschichte 1914—1918, Göttingen 1973.

46 *Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924—1928*, Düsseldorf 1967.

47 *Entwicklungsprobleme des deutschen Parlamentarismus*, in: *Gesellschaft, Parlament und Regierung*. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, hrsg. von *G. A. Ritter*, Düsseldorf 1974, S. 11 ff., Kritik an Rauhs Dissertation S. 39 f.

Der Bundesrat, ein wichtiges institutionelles Bollwerk gegen eine Parlamentarisierung, verlor zugunsten des Reichstages an Gewicht. Verbunden war dieser Prozeß der Entmachtung des Bundesrats mit einer zunehmenden Bedeutungssteigerung der Reichsleitung, für die sich — als Reflex dieser Entwicklung — im Sprachgebrauch der Begriff »Reichsregierung« einbürgerte. War der Bundesrat ursprünglich vor allem ein Instrument der preußischen Hegemonialpolitik, so kehrte sich — nach Rauhs Darstellung — das Verhältnis Preußen — Reich im Zuge der Verselbständigung der Reichsleitung um: Preußen wurde nun vom Reich geführt, nicht umgekehrt. Die Bismarcksche Verfassungskonzeption kehrte sich also gegen Preußen, um dessen Eigenleben die preußischen Konservativen zu fürchten begannen, die deshalb Preußen in den Rang eines »normalen« Bundeslandes zurückstufen wollten. Damit waren — so Rauh — wichtige Voraussetzungen für eine Parlamentarisierung des Reichs geschaffen: Das parlamentarierungsfeindliche Preußen war entmachtet, und es existierte eine von Preußen unabhängige Reichsregierung als Gegenpol des Parlaments, dessen gesteigerter politischer Gestaltungswille die Prinzipien konstitutioneller Regierungsweise sprengte. Zudem bahnte sich schon vor dem ersten Weltkrieg der für ein funktionierendes parlamentarisches System unerläßliche Mindestkonsens unter den Parteien an, seit die »Radikalität der SPD« als »eines der gravierenden Hindernisse für die Parlamentarisierung« (S. 188) durch das Wirken von Reformisten und Revisionisten beseitigt worden sei. Der elsass-lothringischen Verfassungsreform komme in dieser Hinsicht »Präzedenzcharakter« (S. 235) zu: Liberale, Zentrum und Sozialdemokraten setzten sich gemeinsam mit der Regierung gegen die ablehnenden Konservativen durch.

Zentral in Rauhs Arbeit ist die These von der stillen Parlamentarisierung des Wilhelminischen Deutschland. Unter »stiller Parlamentarisierung« versteht er einen schrittweisen Lernprozeß, in dem die Leistungsfähigkeit des Parlaments zunimmt und die Bildung von Mehrheiten eingeübt wird. Das konstitutionelle System deutet er als eine Durchgangsstufe, die »automatisch den Prozeß der stillen Parlamentarisierung in Gang setzt« (S. 37). Der Wille zur Parlamentarisierung ist nach Rauh keine Voraussetzung für eine stille Parlamentarisierung. Dies ist eine wichtige Annahme, denn der fehlende Parlamentarisierungswille der deutschen Parteien, mit einer gewissen, aber keineswegs durchgängigen Ausnahme bei Sozialdemokratie und Linksliberalen, galt bisher stets als Argument gegen die Möglichkeit zur durchgreifenden Parlamentarisierung Deutschlands<sup>48</sup>.

Ob Rauh die versprochene »vollständige Theorie des reichsdeutschen Konstitutionalismus zu liefern« (S. 7) imstande war, wird die künftige Forschung zeigen. Die Einlösung dieses hohen Anspruchs soll hier nicht vorschnell bestritten werden, wenngleich ich sie nicht zu sehen vermag. Hingewiesen sei aber auf zwei wesentliche Schwächen, die mir Rauhs Konzeption der stillen Parlamentarisierung generell aufzuweisen scheint:

1. Sein Hinweis auf eine analoge Entwicklung in England, die in Deutschland beschleunigt nachgeholt wurde, übersieht, daß sich die englische Parlamentarisierung unter ganz anderen Bedingungen vollzog, als sie im kaiserlichen Deutschland bestanden. Die stille Parlamentarisierung Englands geschah in einer Zeit, als Mobilisierung und Organisierung der Bevölkerung noch relativ gering ausgeprägt waren. Die parlamentarischen Spielregeln hatten sich in England durchgesetzt, *bevor* das Wahlrecht voll demokratisiert war, *bevor* sich die Parteien zu Massenorganisationen verfestigten, *bevor* sich die Gesellschaft in zahlreichen, mit den Parteien konkurrierenden Interessenverbänden organisierte, *bevor* eine eigenständige politische Arbeiterbewegung entstand. In Deutschland vermischten sich all diese Probleme mit dem Pro-

<sup>48</sup> Vgl. dazu vor allem *Dieter Grosser, Vom monarchischen Konstitutionalismus zur parlamentarischen Demokratie. Die Verfassungspolitik der deutschen Parteien im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs, Den Haag 1970.*

zeß der Parlamentarisierung. Auch in England wurde seit den 1890er Jahren bis zum ersten Weltkrieg die Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems erheblich gestört und in wichtigen Bereichen gelähmt<sup>49</sup>. Die militante außerparlamentarische Frauenrechtsbewegung und vor allem das irische Problem seien als Beispiele genannt. Ob der Vorgang der stillen, d. h. der nicht-intentionalen Parlamentarisierung auch in gesellschaftlichen Umbruchsphasen so selbstverständlich ist, wie Rauh postuliert, kann zumindest bezweifelt werden. Die der Industrialisierungsgeschichte abgewonnene Einsicht der Wirtschaftshistoriker, daß »Spätkommer« nie vollständig die Vorbilder nachahmen müssen und daß zur Imitation der »Imitationswille« und die »Imitationsmöglichkeit« gehören<sup>50</sup>, sollte zu denken geben.

2. Rauh blendet den nicht-parlamentarischen Raum weitgehend aus seiner Betrachtung aus. Damit übersieht er weitere Bereiche, die in Deutschland für die Parlamentarisierung andersartige Bedingungen schufen als in England. Das Militär z. B. besaß in Deutschland einen ganz anderen politischen und gesellschaftlichen Stellenwert als in England. Daß Staatsstreichdrohungen in Deutschland immer wieder aufkommen konnten, wäre ohne die spezifische Stellung des preußisch-deutschen Offizierskorps nicht denkbar. Rauh hingegen spricht von einer bereits starken Tendenz zum »Parlamentsheer« (S. 148), womit er eine m. E. unhaltbare Gegenposition zur bisherigen Forschung einnimmt<sup>50a</sup>. England besaß ein vergleichbares Militärproblem nicht.

Vor allem stellte sich in England nicht in vergleichbarem Maß eines der großen Kardinalprobleme der deutschen Gesellschaft in der Wilhelminischen Zeit: die Integration der Arbeiterbewegung. Die parlamentarische Spitze der Sozialdemokratie wurde zwar, wie Rauh einsichtig machen kann, zunehmend in den politischen Willensbildungsprozeß im Reichstag einbezogen. Doch unvermittelt daneben stand die ungebrochene Diskriminierung der Arbeiterbewegung im außerparlamentarischen Raum<sup>51</sup>, die Gewerkschaften und sozialistische Kulturorganisationen vom »kleinen Sozialistengesetz« sprechen ließ. Mit dieser Diskriminierung korrespondierte der Aufbau einer sozialistischen Subkultur, durch die die weitgehende organisatorische Abschottung des sozialistischen Gesellschaftssektors vom nicht-sozialistischen verfestigt wurde. Diese sozialistische Subkultur hatte die gesellschaftliche Integration der sozialdemokratischen Arbeiterschaft wider Willen oder besser gesagt: ungeplant zwar gefördert, doch die Auflösung dieser Subkultur zugunsten einer pluralistisch offenen Gesellschaft stand

49 Vgl. die differenzierten Erörterungen bei *Ritter* (Anm. 47); s. auch *ders.*, Deutscher und britischer Parlamentarismus. Ein verfassungsgeschichtlicher Vergleich, Tübingen 1962. Vielleicht etwas überpointiert werden die Schwierigkeiten der englischen Politik bei *Gustav Schmidt*, Parlamentarisierung oder »Präventive Konterrevolution«? Die deutsche Innenpolitik im Spannungsfeld konservativer Sammlungsbewegungen und latenter Reformbestrebungen 1907—1914; in: *Gesellschaft* (Anm. 47), S. 249 ff.

50 Vgl. etwa *Knut Borchardt*, Grundriß der deutschen Wirtschaftsgeschichte, Göttingen 1978, Zitate S. 40; s. insbes. *Alexander Gerschenkron*, Wirtschaftliche Rückständigkeit in historischer Perspektive, in: *Industrielle Revolution. Wirtschaftliche Aspekte*, hrsg. von *Rudolf Braun u. a.*, Köln 1972, S. 59 ff.

50a Die Mentalität des deutschen Offizierskorps berücksichtigt Rauh gar nicht. Wie weit die »Feudalisierung« selbst in der »bürgerlichen« Marine ging, belegt u. a. *Holger H. Herwig*, Das Elitekorps des Kaisers. Die Marineoffiziere im Wilhelminischen Deutschland, Hamburg 1977.

51 Vgl. dazu insbes. *Klaus Saul*, Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Sozialpolitik des Wilhelminischen Deutschland 1903—1914, Düsseldorf 1974; s. auch *Horst Ueberhorst*, Frisch, frei, stark und treu. Die Arbeitersportbewegung in Deutschland 1893—1933, Düsseldorf 1973. Daß auch breite Teile des protestantischen Klerus das Kaiserreich als Klassengesellschaft begriffen, belegte zuletzt *Günter Brakelmann*, Evangelische Pfarrer im Konfliktfeld des Ruhrbergarbeiterstreiks von 1905, in: *Fabrik — Familie — Feierabend*. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter, hrsg. von *Jürgen Reulecke und Wolfhard Weber*, Wuppertal 1978, S. 297 ff.

noch bevor<sup>52</sup>. Für die katholische Subkultur gilt in gemäßigter Weise ähnliches. Unter dieser Fragestellung sind bislang noch kaum Untersuchungen vorgelegt worden.

Versteht man unter Demokratisierung einen gesamtgesellschaftlichen Prozeß, der auf Verbesserung von Partizipationsmöglichkeiten in Staat und Gesellschaft für einzelne und für Gruppen zielt, so umschließt Parlamentarisierung nur einen Ausschnitt aus diesem umfassenderen Demokratisierungsvorgang. Es wäre sinnlos, sektoral begrenzten Studien ihre Begrenzung vorzuwerfen, doch man wird erwarten müssen, daß die Begrenzung reflektiert und die Entwicklungstendenzen in Teilbereichen nicht vorschnell auf das politisch-gesellschaftliche Gesamtsystem übertragen werden. In der fehlenden Einsicht in die Begrenztheit seines Untersuchungsobjekts sehe ich den Hauptmangel der Rauhschen Studie, der zu verzerrenden Wertungen führt. Rauh übersieht, daß Parlamentarisierung und Demokratisierung in anderen Gesellschaftsbereichen keineswegs stets parallel verlaufende Prozesse sind und das eine nicht notwendig das andere nach sich ziehen muß. Für das deutsche Kaiserreich gilt dies in besonderem Maße, denn die wichtigsten institutionellen Stützen des Obrigkeitsstaates blieben dem Demokratisierungsprozeß noch entzogen. Einige Stichworte müssen hier als Andeutungen genügen: Der Zugang zu gesellschaftlich respektablen Positionen im Militär und in der staatlichen Bürokratie wurde weiterhin nach Kriterien der politischen Orientierung sowie der sozialen und konfessionellen Herkunft von Bewerbern gefiltert, die Kirchen stabilisierten weiterhin die vordemokratische Ordnung, das staatliche Bildungswesen intendierte keineswegs die Vermittlung von demokratischen Leitvorstellungen und die Einebnung des sozial gestaffelten Bildungsgefälles, und die Justiz galt nicht nur Sozialisten als Instrument im Klassenkampf von oben.

Auch in diesen Bereichen müssen Auflockerungserscheinungen und regionale Differenzierungen gewiß beachtet und genauer als bislang untersucht werden, um nicht ein realitätsfernes Einheitsbild entstehen zu lassen. Die badische oder die württembergische Bürokratie kann sicherlich nicht mit der preußischen gleichgesetzt, der protestantische Klerus nicht durchgängig auf das Bündnis von Thron und Altar festgelegt werden, und die Volksschulen entließen nicht nur staatsfromme Untertanen. Die Wirksamkeit der nachweisbaren Manipulationsstrategien war begrenzt, und nicht überall, wo Demokratisierung verhindert wurde, kann dies dem Erfolg von Zähmungsversuchen zugeschrieben werden. Heinrich von Treitschkes Bekenntnis, es sei »keineswegs die Aufgabe der Gesellschaft, alle Menschen zum Genuß aller Güter der Cultur heranzuführen«, da »keine Kultur ohne Dienstboten«<sup>53</sup> denkbar sei, mußte seinen vielen Anhängern im nationalen Bürgertum nicht aufgezwungen werden. Oder um ein Beispiel aus einem anderen Bereich anzuführen: Der »innenpolitische Präventivkrieg«<sup>54</sup> in Form des Kulturkampfes, der nicht nur und wohl nicht einmal in erster Linie als ein Ergebnis Bismarckscher Manipulationskunst gedeutet werden kann<sup>55</sup>, fand bereits 1886

52 Dies gilt auch noch für die Weimarer Zeit. Daraus kann aber nicht gefolgert werden, daß die Sozialdemokratie »keine verlässliche Stütze des demokratischen Staates« (Rauh, S. 476 f.) gewesen sei. Dies widerspricht allem, was die neuere Forschung erarbeitet hat. Daß Rauh eine solche weitreichende Behauptung gewissermaßen im Vorbeigehen, ohne Auseinandersetzung mit der Fachliteratur, aufstellt, steht im merkwürdigen Kontrast zu seinen schroffen Urteilen über den Mangel an »seriöser Wissenschaftsauffassung«, den er bei anderen festzustellen vermeint.

53 Heinrich von Treitschke, *Der Socialismus und seine Gönner* (1874), in: *ders.*, *Zehn Jahre deutscher Kämpfe*, Bd. 2, Berlin<sup>3</sup> 1897, Zitat S. 137; *ders.*, *Politik*, Hrsg. Max Cornicelius, Bd. 1, Leipzig<sup>3</sup> 1913, Zitat S. 50.

54 Heinrich Bornkamm, *Die Staatsidee im Kulturkampf*, München 1960, S. 66.

55 Vgl. dazu zuletzt *Stürmer*, *Regierung und Reichstag*, sowie *Gustav Schmidt*, *Die Nationalliberalen — eine regierungsfähige Partei? Zur Problematik der inneren Reichsgründung 1870 — 1878*, in: *Die deutschen Parteien vor 1918*, hrsg. von Gerbard A. Ritter, Köln 1973, S. 208-218.

seine spontane Fortsetzung im Wirken des Evangelischen Bundes, der bis zum 1. Weltkrieg zu einer Massenorganisation mit mehr als 400 000 Mitgliedern heranwuchs. Dieser organisierte Furor protestanticus wollte auch ohne staatliche Billigung den Kampf gegen die »römischen Erbfeinde« fortsetzen, um den vermeintlich drohenden »Finis Germaniae« abzuwenden<sup>56</sup>. Mit hysterischem Eifer registrierten die selbsternannten Kulturkämpfer jede neue katholische Schulschwester, jeden neuen Geistlichen und erst recht jeden Katholiken, der zum höheren Beamten oder gar zum Minister aufstieg. Hier hatten sich im Reichsgründungs Jahrzehnt Verhaltensmuster verfestigt, die pluralismus- und demokratiefeindlich wirkten. Katholiken (wie Juden und ethnische Minderheiten) wurden nicht diskriminiert, weil man sie für Demokraten hielt. Die Gründe für die Ablehnung dieser Gruppen waren vielfältig, die Wirkungen jedoch vergleichbar: Demokratiefeindliche Einstellungen blieben bewahrt, denn eine offene Gesellschaft galt nicht als erstrebenswert. Solche Verhaltensmuster, die bislang nur unzureichend untersucht wurden, waren durch die Parlamentarisierungstendenzen nicht nachhaltig aufgelockert worden. Nicht minder gilt dies, wenn man in die Analyse gesamtgesellschaftlicher Demokratisierungsprozesse Bereiche wie betriebliche Herrschaft oder Zugang zur kommunalen Mitbestimmung einbezieht, um nur einige Beispiele zu nennen.

In einer umfassenden Demokratisierungskonzeption kann Parlamentarisierung nur *ein* Indikator sein. Zu bedenken ist vor allem, daß eine sektoral ungleichgewichtige und ungleichzeitige Entwicklung nicht nur partiellen Fortschritt bedeuten, sondern zugleich neue Spannungen aufgrund von Modernisierungsbrüchen schaffen konnte<sup>57</sup>. Dies zeigte sich deutlich innerhalb der Sozialdemokratie, für die infolge der mangelnden Parallelität von Parlamentarisierung und umfassenderer Demokratisierung zusätzliche Spannungen zwischen Führung und Mitgliedschaft entstanden, die sich in den Kriegsjahren und in der Revolution enthüllten, als die politische Massenbewegung über die Parteiführung hinweglief<sup>58</sup>. Da Rauh dies nicht beachtet, erscheint bei ihm die Revolution nur als ein unverständlicher Störfaktor der Parlamentarisierung. Die Geschichte der Revolutionsjahre belegt jedoch, daß die skizzierte gesamtgesellschaftliche Demokratiekonzeption keine zeitfremden Erwartungen über vergangene Epochen stülpt. Denn in der Revolution zeigte sich, daß breite Kreise der Bevölkerung, die über die sozialistische Arbeiterschaft hinausreichten, durchaus konkrete Demokratievorstellungen besaßen, die sich nicht in Parlamentarisierung erschöpften. Die Aufbruchserwartungen der Revolutionsjahre mögen die Parlamentarisierungstendenzen »gestört« haben, sie dokumentieren zugleich aber die Stärke der Demokratisierungswünsche, die im Kaiserreich unerfüllt geblieben waren und durch die Parlamentarisierung nicht erfüllt wurden. Dieses Spannungsverhältnis zwischen vorangetriebener Parlamentarisierung und blockierter Demokratisierung aufzuhellen, scheint mir eine der wichtigsten Forschungsaufgaben zu sein.

Eine solche Forschungsstrategie dürfte auch dazu beitragen, die derzeit so überaus scharfe Polarisierung in der Forschung zu überwinden (sofern nicht ein unangemessener Umgangston à la Rauh die Möglichkeiten zum wissenschaftlichen Gespräch verschüttet). Denn die widerspruchsvolle, schillernde Begrifflichkeit, die zur Charakterisierung des politischen Systems des deutschen Kaiserreiches bislang vorgeschlagen wurde, wird man nicht einfach als doktrinäre Verwirrungen von Historikern abtun können, wie Rauh das macht, sondern als Reflex

<sup>56</sup> So der Theologieprofessor *Willibald Beyschlag*, *Der Friedensschluß zwischen Deutschland und Rom* (= Flugschriften des Evangelischen Bundes, 4), Leipzig 1890, S. 22. Vgl. dazu auch meinen Beitrag: »Staatsschutz« und politisch-gesellschaftlicher Wandel in Deutschland 1848–1914, in: *Literarische Gebeimberichte*. Protokolle der Metternich-Agenten, Bd. 2, hrsg. von *Hans Adler*, Düsseldorf (im Druck).

<sup>57</sup> Vgl. dazu grundsätzlich die Überlegungen von *Heinrich Volkmann*, *Soziale Innovation und Systemstabilität am Beispiel der Krise von 1830 — 1832 in Deutschland*, in: *Soziale Innovation und sozialer Konflikt*, hrsg. von *Otto Neuloh*, Göttingen 1977, S. 41–68.

<sup>58</sup> Vgl. die analogen Hinweise bei *Ritter* (Anm. 47), S. 46 f.

der spannungsreichen politisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit verstehen müssen. Nicht nur die »kritischen« Uminterpretationen schlugen manieristisch anmutende Begriffe vor. Auch Historiker wie Wolfgang J. Mommsen und Gustav Schmidt, die Gegenpositionen bezogen, verwenden vieldeutige Begriffe. Mommsen spricht von »latenter Krise« und vom »System umgangener Entscheidungen<sup>59</sup>«, Schmidt von Blockierung und von »stabiler Krise<sup>60</sup>«. Rauhs eindeutige Charakterisierung der Entwicklung als stille Parlamentarisierung suggeriert eine Eindeutigkeit, die eine Gesamtbetrachtung, die über Parlament und Regierung hinauszielt, nicht gestattet. Studien zu einer Gesamtanalyse, die das parlamentarische und das außerparlamentarische Geschehen verklammert, dürften für den Forschungsfortschritt nützlicher sein als Polemiken, von denen es bereits mehr als genug gibt. Dabei sollte nicht übersehen werden, daß schon vor dem Einsetzen der Neu- und Uminterpretation des Kaiserreichs mehr in Bewegung geraten war, als dies die Polemik gegen die Deutungen der Väter und Großväter vermuten läßt<sup>61</sup>. Der »Aspekt der Zukunftslosigkeit« ist keine Erfindung der »kritischen Schule«, was immer das sein mag, die auch nicht das Monopol für die Frage nach Kontinuitätslinien besitzt<sup>62</sup>.

Mit der ungeklärten Offenheit der Situation hatten die Zeitgenossen des Kaiserreichs zu leben, mit dieser ungeklärten Offenheit wird auch der rückblickende Historiker zu leben haben. Was für die Zeitgenossen Unentschiedenheit war, ist für den Historiker Unentscheidbarkeit. Damit will ich nicht der eingangs kritisierten Position Nipperdeys doch noch das Wort reden. Die Offenheit der Situation gilt es zwar mit Nipperdey zu betonen, doch die Unentschiedenheit der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung des Kaiserreichs gehört mit zu den Kontinuitäten, die 1933 zwar nicht als notwendige Folge, aber doch als eine mögliche, in der Geschichte des Kaiserreichs angelegte Entwicklungsrichtung erscheinen läßt.

59 Wolfgang J. Mommsen, Die latente Krise des Wilhelminischen Reiches. Staat und Gesellschaft in Deutschland 1890—1914, in: MGM 15, 1974, S. 7 ff.; ders., Das Deutsche Kaiserreich als System umgangener Entscheidungen, in: *Vom Staat des Ancien Regime zum modernen Parteienstaat*. Festschrift für Theodor Schieder, hrsg. von Helmut Berding u. a., Wien 1978, S. 239 ff.

60 Gustav Schmidt, Innenpolitische Blockbildung am Vorabend des Ersten Weltkrieges, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 20 vom 13. 5. 1972; ders., Parlamentarisierung (Anm. 49).

61 Vgl. dazu Lothar Gall, Bismarck in der Geschichtsschreibung nach 1945, in: *Bismarcks Außenpolitik und der Berliner Kongreß*, hrsg. von Karl Otmar Freiherr von Aretin, Wiesbaden 1978, S. 131 ff.; das folgende auf Walter Bußmann bezogene Zitat S. 151; vgl. auch Gall, Bonapartismus, S. 635.

62 Vgl. etwa Andreas Hillgruber, Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, in: ders., *Großmachtspolitik und Militarismus im 20. Jahrhundert*. 3 Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Düsseldorf 1974, S. 11 ff. Wie Nipperdey diese differenzierten Kontinuitätsanalysen beurteilt, wird in dessen Aufsätzen nicht deutlich.